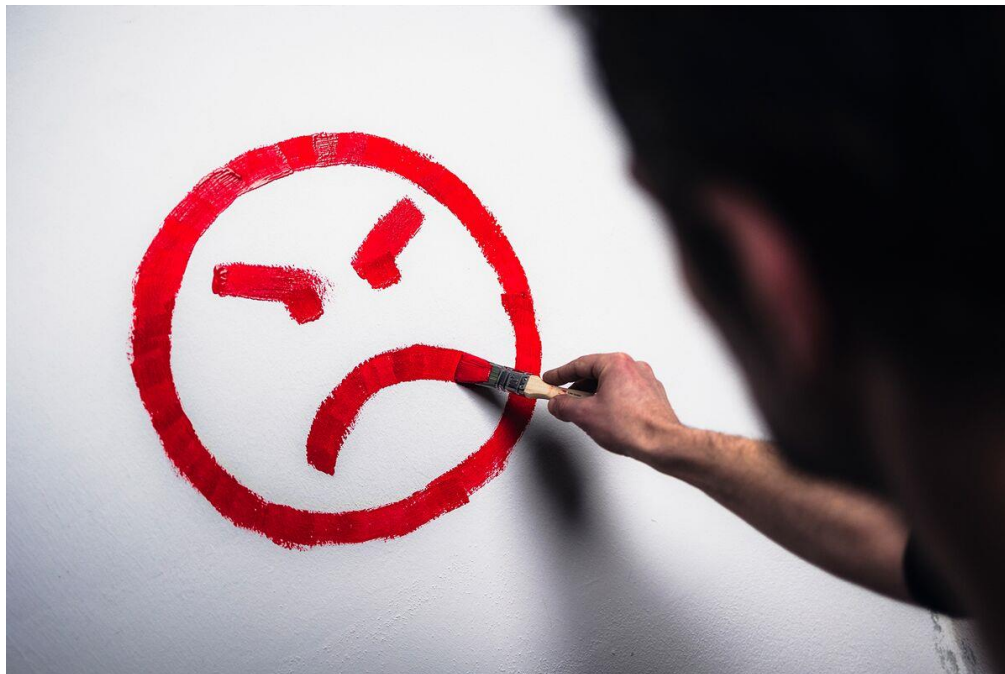




Nur „triste 37 Cent“ für die buntesten Jobs in Duisburg und am Niederrhein



- Wenn Malern der Pinsel ausrutscht: Das Wut-Gesicht ist das aktuelle Top-Motiv von Malern und Lackierern in Duisburg und am Niederrhein, sagt die IG BAU. Den Grund liefert sie gleich mit: Die Maler-Gewerkschaft wirft den Arbeitgebern einen „enormen Lohn-Geiz“ vor.
- Foto: IG BAU | Florian Göricke
- hochgeladen von [Theodor Groesdonk](#)

Duisburg und am Niederrhein: 2100 Maler und Lackierer in 266 Betrieben – IG BAU kritisiert:

Eigentlich ist das Leben der Maler in Duisburg und am Niederrhein bunt. Trotzdem sehen sie im Moment nur noch Rot. Das sagt die IG BAU Duisburg-Niederrhein. Den Grund dafür nennt die Maler-Gewerkschaft auch: „Die Arbeitgeber wollen den Malern und Lackierern in Duisburg und am Niederrhein den Lohn zusammenstreichen. Nur 2 Prozent sollen sie mehr bekommen. Das sind unterm Strich gerade einmal ‚37 triste Cent‘ pro Stunde. – Geld, das die Inflation sofort auffrisst. Das ist kein Lohn-Plus. Das ist ein Lohn-Minus“, sagt Karina Pfau.

Die Vorsitzende der IG BAU Duisburg-Niederrhein spricht von einem „handfesten Tarifstreit“. Die Maler-Gewerkschaft fordert 8 Prozent mehr Lohn – und damit 1,50 Euro mehr pro Stunde. Insgesamt arbeiten nach Angaben der IG BAU in Duisburg rund 2100 Beschäftigte in 266 Malerbetrieben und Lackierereien. Die Gewerkschaft beruft sich dabei auf Zahlen der Arbeitsagentur.

Nach zähem Ringen am Tariftisch habe die Gewerkschaft die Verhandlungen in dritter Runde abgebrochen. Jetzt gehe es in die Schlichtung. Die IG BAU Duisburg-Niederrhein setzt dabei auf die Arbeitgeber in der Stadt: „Es ist höchste Zeit, dass die Maler- und Lackierermeister dem eigenen Bundesinnungsverband gehörig auf die Füße treten. Der Frust bei denen, die in Duisburg und am Niederrhein mit Malerpinsel, Tapezierbürste und Lackierpistole arbeiten, ist enorm. Das muss die Innung endlich begreifen.“

Die IG BAU macht deutlich, warum sich Ärger aufstaut: „Malerbetriebe und Lackierereien, die ordentlich arbeiten, haben gut zu tun. Und trotzdem waren sich die Arbeitgeber nicht zu schade, am Tariftisch eine düstere Konjunkturwarnung mit einem wilden Mix aus Ukraine-Krieg, Nahost-Konflikt, wirtschaftlichem Druck aus China und Trump-Politik in den USA aufzufahren – lauter skurrile Gründe also. Und das alles nur, um eine Lohnbremse zu rechtfertigen, unter der auch die Maler und Lackierer in Duisburg und am Niederrhein leiden müssen“, sagt der Verhandlungsführer der Gewerkschaft, Carsten Burckhardt vom IG BAU-Bundesvorstand. Wer die eigenen Beschäftigten so von der Lohnentwicklung abkoppeln wolle, brauche sich über Fachkräftemangel und fehlenden Nachwuchs nicht zu wundern.



Wohnungsbau: IG BAU fordert klare Versprechen

Bundestagswahl: Für die Industriegewerkschaft soll das Bauen und Wohnen im Kreis Wesel eine wichtige Rolle spielen

Philipp Ortman

Wesel. Das Bauen und Wohnen im Kreis Wesel soll in der Wahlkabine eine wichtige Rolle spielen. Das fordert die Industriegewerkschaft Bau- und Agrar-Umwelt (IG Bau) jetzt in einer Pressemitteilung. „Es ist höchste Zeit, den Neubau anzukurbeln. Wer im Kreis Wesel für den Bundestag kandidiert, muss deshalb beim Wohnungsbau Farbe bekennen: Soll es ein Konjunkturprogramm für mehr Wohnungsbau geben – ja oder nein? Denn wer regieren will, der muss dringend den Wohnungsbau als Konjunkturmotor in Schwung bringen“, so Karina Pfau. Die Vorsitzende der IG Bau

Duisburg-Niederrhein warnt: „Pasiert nichts, dann droht der Bau Leute zu verlieren. Das wäre fatal. Denn jeder einzelne Arbeitsplatz zählt. Für den Neubau und für Sanierungen braucht der Kreis Wesel in den kommenden Jahren jeden, der auf dem Bau zupackt.“

Doch konkrete Wahlversprechen

„Bei der Bundestagswahl geht es auch darum, wie viele Wohnungen im Kreis Wesel künftig neu gebaut werden“, sagt die IG BAU. FLORIAN GÖRICKÉ/IG BAU



gebe es nicht: „Die Parteien versuchen, einen weiten Bogen um das Thema zu machen“, kritisiert Karina Pfau. Deshalb sei der „politische Wohnungsbau-Check“ bei den Bundestagskandidaten im Kreis Wesel „mehr als fällig“. Wer in den Bundestag wolle, müsse klare Ziele haben und klare Versprechen für das

Bauen und Wohnen geben. Immerhin würden bundesweit vor allem bezahlbare Wohnungen und Sozialwohnungen gebraucht. „Die neue Bundesregierung muss ein Wohnungsbau-Konjunkturprogramm auf die Beine stellen – und zwar gleich nach der Bundestagswahl.“ Es stütze die angeschlagene Bauindustrie und verhindere den Verlust von weiteren Arbeitsplätzen auf dem Bau“, so Pfau. Konkret fordert die IG Bau einen grundrechtlich abgesicherten Fond für Sozialwohnungsbau. Mindestens elf Milliarden Euro sollen so pro Jahr bereitstehen, um 100.000 Sozialwohnungen neu zu bauen. „Es muss endlich eine feste und verlässliche Förder-

summe geben. Denn mit dem Sozialwohnungsbau nach ‚schwankender Haushaltslage‘ muss Schluss sein“, sagt Karina Pfau.

Außerdem müsse die Mehrwertsteuer für Neubau von Sozialwohnungen von 19 auf 7 Prozent sinken. „Und zwar bei allen Bauleistungen für Wohngebäude, in denen mindestens zwei Drittel der Wohnungen Sozialwohnungen sind“, fordert Pfau. Die IG BAU fordert auch ein bundesweites Sozialwohnungs-Register. „Nur so können der Bund, das Land Nordrhein-Westfalen und alle Akteure im Kreis Wesel den Bedarf und Neubau von Sozialwohnungen vernünftig planen“, so Pfau.

NRZ Wesel

Gewerkschaften pochen auf Förderunterricht

Düsseldorf. Bildungsgewerkschaften stellen sich gegen den Plan, den Förderunterricht an nordrhein-westfälischen Grundschulen zu streichen. Es sei ein „großer Fehler“, den Förderunterricht aus der Stundentafel zu entfernen, erklärten der Verband Bildung und Erziehung (VBE NRW) und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW NRW) am Mittwoch in Düsseldorf. „Ohne eine rechtliche Grundlage für eine Förderung in Kleingruppen verlieren gerade Kinder, die besondere Unterstützung brauchen, den Anschluss.“ Statt Chancengleichheit zu fördern, würden so Ungleichheiten verschärft.

NRW-Schulministerin Dorothee Feller (CDU) plant, dass an Grundschulen künftig mehr Unterricht in den Fächern Deutsch und Mathematik erteilt wird. Das bisher geltende Gesamtstundenkontingent für die Fächer Deutsch, Mathematik, Sachunterricht und den Förderunterricht soll durch eine Festlegung von Stundenanteilen für die einzelnen Fächer ersetzt werden. „An dem bisherigen Instrument des förmlichen Förderunterrichts wird in diesem Zuge nicht länger festgehalten“, heißt es. Der bisherige Förderauftrag bleibe jedoch erhalten.

„Wer ernsthaft Bildungs- und Teilhabegerechtigkeit sichern will, darf nicht bei den Förderstunden sparen“, betonte die Vorsitzende der GEW NRW, Ayla Çelik. *dpa*

NRZ Mantel